

RECHT & STEUERN

NEWSLETTER



Deutsch-Brasilianische
Industrie- und Handelskammer
Câmara de Comércio e Indústria
Brasil-Alemanha



Zilveti ADVOGADOS

ROTHMANN
ADVOGADOS



Stüssi-Neves
Advogados



Rödl & Partner



PACHECO NETO
SANDEN
TEISSEIRE
ADVOGADOS

SONIA MARQUES
DÖBLER Advogados

INHALT

- I. BETEILIGUNG VON AUSLÄNDISCHEM KAPITAL AN GESELLSCHAFTEN MIT SITZ IN BRASILIEN - NORMEN ZUR BEKÄMPFUNG DER STEUERHINTERZIEHUNG, KORRUPTION UND GELDWÄSCHE**
- Florence² & Advogados**
Luivana M. de Andrade. 4
- II. A QUICK GLANCE ON THE NEW BRAZILIAN FINTECH REGULATION**
- Zilveti Advogados**
Raphael Matos Valentim 7
- III. APPLICABILITY OF THE EU GDPR TO BRAZILIAN ENTITIES**
- ROTHMANN, SPERLING, PADOVAN, DUARTE ADVOGADOS**
Dr. Karin Klempp Franco, Luiz Fernando Plastino Andrade and Livia Cristina de Moraes Santos. . 9
- IV. DER GLOBALE GOLDRAUSCH: VISA FÜR INVESTOREN UND STAATSBÜRGERSCHAFT**
- EMDOC**
Renê Ramos. 12
- V. DIE ARBEITSRECHTSREFORM UND DIE ANWALTSPROZESSGEBÜHREN**
- Stüssi-Neves Advogados**
Maria Lúcia Menezes Gadotti und Fernanda de Carvalho Serra 16

VI. THE SINGLE MEMBER LIMITED LIABILITY ENTITY (EIRELI) AND THE CHALLENGES FOR ITS INCORPORATION

Machado Associados Advogados e Consultores

Renata Almeida Pisaneschi and Amanda de Oliveira Gomide. 18

VII. EXPECTATIONS FOR THE HARMONIZATION OF BRAZILIAN TRANSFER PRICING RULES TO OECD'S STANDARDS

Rödl & Partner

Philipp Klose-Morero, Michael Löb and Karen Steuer 20

VIII. FOREIGN CREDIT TRANSACTIONS - MODIFICATIONS ON THE CENTRAL BANK SYSTEM OF REGISTRATION

Demarest Advogados

André Alarcon, Fabio de Almeida Braga and Alessandra Garcia Albergaria 22

IX. DIE ANERKENNUNG AUSSERGERICHTLICHER VERGLEICHE NACH DER ARBEITSRECHTSREFORM IN BRASILIEN

Pacheco Neto Sanden Teisseire Advogados

Ana Valéria Corrêa Pantoja 24

X. WHAT HAPPENS WITH THE LABOR REFORM AFTER THE PROVISIONAL MEASURE REGULATING THE MATTER LOST ITS VALIDITY AND WAS NOT CONVERTED INTO LAW UP TO APRIL 23, 2018?

Sonia Marques Döbler Advogados

Camila de Moraes Machado and Sonia Marques Döbler 27



Luivana M. de Andrade
luivana.andrade@f2law.com

Florence² & Advogados
Rua Ceará, 124
01243-010 – Consolação
São Paulo/SP
T (+55) 11 3662 3884
F (+55) 11 2476 2431
www.f2law.com



FLORENCE² & ADVOGADOS

Beteiligung von ausländischem Kapital an Gesellschaften mit Sitz in Brasilien – Normen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung, Korruption und Geldwäscher

Die weltweite Tendenz der Bekämpfung der Steuerhinterziehung und anderer damit zusammenhängenden Straftaten, wie Korruption und Geldwäsche, bewirkten Empfehlungen der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), die von der Mehrheit der Länder, einschließlich Brasilien, umgesetzt werden.

Hier führte das Zusammenwirken zwischen lokalen öffentlichen Behörden und internationalen Organisationen zu von der Bundessteuerbehörde (SRF) herausgegebenen Normen, und zwar in Erfüllung der von Brasilien übernommenen Verpflichtungen innerhalb des Projektes BEPS (“Base Erosion and Profit Shifting”), sowie der Vereinbarung über gegenseitige verwaltungstechnische Unterstützung in Steuerangelegenheiten, welche von den Unterzeichnern die Anwendung der Regeln der internationalen Steuerverwaltung und Transparenz bei dem Informationsaustausch fordert.

Für die Gesellschaften mit Sitz in Brasilien und deren Investoren mit Wohnsitz im Ausland sind die folgenden Regeln von besonderer Bedeutung:

1) IDENTIFIZIERUNG DES ENDBEGÜNSTIGTEN – In Übereinstimmung mit den Empfehlungen der GAFI (Internationale Arbeitsgruppe für finanzielle Maßnahmen) und der ENCCLA (Nationale Strategie der Bekämpfung der Korruption und der Geldwäsche) fordert die SRF mittels den Durchführungsverordnungen (INs) 1.634/2016, 1.684/2016, 1.729/2017 sowie des vollstreckbaren feststellenden Verwaltungsaktes COCAD 09/2017 von den Gesellschaften mit Sitz in Brasilien und Gesellschaften mit Sitz im Ausland (mit gesellschaftsrechtlichen Beteiligungen in Brasilien) die Identifizierung deren gesetzlicher Vertreter und die Kette der gesellschaftsrechtlichen Beteiligung bis zurück zur Person des Endbegünstigten unter der folgenden Definition: – natürliche Person, die letztendlich in direkter oder indirekter Weise mehr als 25% des Kapitals einer Gesellschaft hält; oder – direkt oder indirekt eine Vormachtstellung bei den gesellschaftsrechtlichen Beschlüssen einnimmt und über Befugnisse zur Ernennung der Mehrheit der Verwalter der Gesellschaften verfügt, auch wenn sie nicht die Kontrolle derselben ausübt; oder – die natürliche Person, in deren Namen eine Transaktion durchgeführt wird.

Für die Gesellschaften mit Sitz in Brasilien wurde bisher noch keine Frist zur Erfüllung der Verpflichtung festgesetzt, ebenso wenig das im Falle der Nichterfüllung aufzuerlegende Strafmaß.

Indessen ist für die Gesellschaften mit Sitz im Ausland (mit gesellschaftsrechtlichen Beteiligungen in Brasilien) die Frist: – die Vornahme irgendeiner Aktualisierung ihrer Registrierung bei der SRF (CNPJ/MF); oder – bis zum Endtermin 31.12.2018 (je nachdem, welcher Zeitpunkt früher liegt). Die Strafe für die Nichterfüllung ist in diesen Fällen die Außerkraftsetzung der Eintragung im CNPJ/MF und die Hinderung an der Durchführung von Transaktionen mit Banken, was in der Praxis die Unmöglichkeit zur Folge hat, Kursschlussverträge abzuschließen, in denen die Gesellschaft mit Sitz im Ausland auftritt, und damit sowohl Gewinnüberweisungen ins Ausland wie auch neue Investitionen bei der brasilianischen Niederlassung undurchführbar werden.

Von der Verpflichtung befreit sind lediglich offene Aktiengesellschaften, gemeinnützige Gesellschaften, multilaterale Organisationen wie Zentralbanken, Regierungsstellen oder an Staatsfonds gebundene Einrichtungen, Fonds oder andere Investitionsinstrumente.

2) ERKLÄRUNG LAND-ZU-LAND – Nach den Maßgaben des CbC MCAA (“Multilateral Competent Authority Agreement on the Exchange of Country-by-Country Reports”), das von den Mitgliederstaaten der Vereinbarung über gegenseitige verwaltungstechnische Unterstützung in Steuerangelegenheiten unterzeichnet wurde, gab die SRF die IN 1861/2016 bezüglich der Erklärung Land-zu-Land (DPP) heraus. Hier handelt es sich um einen Bericht, der von multinationalen Gruppen den Behörden der Finanzgerichtsbarkeit desjenigen, der die Endkontrolle innehat, vorzulegen ist, mit Informationen über die Standorte der Tätigkeiten, Zuordnung der Erträge und geschuldete und abgeführte Steuern.

Nach der Steuerbuchführung (ECF), die über das öffentliche System der digitalen Buchführung (SPED) übermittelt wird, ist dasjenige Unternehmen mit Steuerdomizil in Brasilien zur Vorlage der DPP verpflichtet, welches die Endkontrolle einer multinationalen Gruppe innehat, oder das Unternehmen mit Steuerdomizil in Brasilien, welches, selbst wenn es nicht die Endkontrolle innehat, Mitglied einer multinationalen Gruppe ist, die einem Endkontrolleur mit anderem Steuerdomizil angehört, der, aus einem der in der IN angeführten Gründe, die DPP in seinem Steuerdomizil nicht vorlegt.

Von der Vorlage der DPP ist das Unternehmen befreit, dessen konsolidierte Erträge der gesamten multinationalen Gruppe im vorhergehenden Steuerjahr, gemäß der konsolidierten Finanzausweise des Endkontrolleurs, unter dem Betrag von R\$ 2.260.000.000,00 liegen (wenn der Endkontrolleur seinen Wohnsitz in Brasilien hat) oder Euros 750.000.000,00 – oder dem Gegenwert in lokaler Währung der Steuergerichtsbarkeit des Endkontrolleurs (wenn er seinen Wohnsitz im Ausland hat).

Florence² & Advogados

Rua Ceará, 124

01243-010 – Consolação

São Paulo/SP

T (+55) 11 3662 3884

F (+55) 11 2476 2431

www.f2law.com



FLORENCE² & ADVOGADOS

Florence² & Advogados

Rua Ceará, 124

01243-010 – Consolação

São Paulo/SP

T (+55) 11 3662 3884

F (+55) 11 2476 2431

www.f2law.comFLORENCE² & ADVOGADOS

Die Gesellschaft mit Sitz in Brasilien, die einer multinationalen Gruppe angehört, deren Endkontrolleur seine Steuergerichtsbarkeit im Ausland hat, muss der SRF über das System ECF/SPED die folgenden Informationen liefern: Name der Gruppe; Unternehmen, das die Kontrolle ausübt; Steuergerichtsbarkeit; Steueridentifikationsnummer; Angabe, ob die konsolidierten Erträge der Gruppe höher oder niedriger liegen als der oben angegebene Betrag, und ob es der Verpflichtung zur Vorlage der DPP bei seiner Steuergerichtsbarkeit unterliegt.

Außerdem sind unter den von der SRF im Jahr 2016 im Rahmen dieser Materie herausgegebenen Normen die folgenden hervorzuheben:

- IN 1.680/2016 – über die Identifizierung von Finanzkonten gemäß dem “Common Reporting Standard – CRS”, hier bezeichnet als Standard der allgemeinen Erklärung, die von den Finanzinstituten zu beachten ist;
- IN 1.683/2016 – über die Änderung der IN 1.658/2016 und der Liste der Länder oder von anderen Staaten abhängige Kleinstaaten, die begünstigende Steuersätze und Regelungen über Steuervorteile aufweisen (IN 1.037/2010), verfügt, dass die Gesellschaften mit Sitz in Österreich, die als “Holding” gegründet sind, lediglich dann als Gesellschaft mit Steuervorteilen angesehen werden, wenn diese keine wesentlichen wirtschaftlichen Aktivitäten ausüben.

Vor der Herausgabe dieser Normen der SRF sahen sich die für die Überwachung, Unterdrückung und Strafverfolgung zuständigen brasilianischen Steuer- und Strafbehörden maßgeblichen Lücken gegenüber, die den zeitnahen Zugang zu den für ihren Einsatz notwendigen Informationen erschwerten. Die Schließung dieser Lücken versucht daher, das Land an die bereits weltweit angewandte Praxis bei der Bekämpfung der hier aufgezeigten Straftaten anzupassen.

A quick glance on the new Brazilian Fintech regulation

The expression Fintech is usually used to distinguish companies that use innovative methods, digital platforms or technological tools to bring effectivity to credit transitions, filling the gap in which traditional institutions (larger banks or credit companies) are not interested. On the other hand, while regulation for such institutions is detailed and complex, fintechs can represent a group of disruptive players who act without the interference of regular financial institutions.

While Brazilian regulators managed to advance through some fields, such as payment arrangements, there had been a lack of regulation and safety rules for lending activities. Some fintechs have been challenged by local authorities due to their activities regarding credit transactions, and have been required to associate with regular financial institutions to operate properly (acting as a correspondent banker, for instance). In reality, some credit operations were only allowed to be performed by companies regularly authorized by the Central Bank.

With such reality in mind, and while unable to contain the advance of fintechs and also pressed to help develop a favorable economic scenario, the Brazilian Monetary Council issued the Resolution N. 4,656, in April 2018, which defined two different types of companies that can be recognized as financial institutions and thus are allowed to perform credit operations: the “direct credit company” (also called SCD, in Portuguese “sociedade de crédito direto”) and the “peer to peer loan company” (SEP, in Portuguese “sociedade de empréstimo entre pessoas”).

In order to operate as one of such companies, a specific authorization from the Brazilian Central Bank is required. Companies are also required to be structured as a share capital corporation (the Brazilian “Sociedade Anônima”) with share capital and net equity amounts of at least BRL 1,000,000.00. An additional amount of minimum paid-up capital and net equity can be required by the Brazilian Central Bank in case a receivable note fund is among the fintech’s controlling group.

Such companies are also not allowed to be named as “Banks” or “Finance” firms, since such terms are reserved to the respective traditional financial entities.

- Direct Credit Company

Direct credit companies (SCDs) can be defined as fintechs that practice a balance sheet lending model, i.e., companies that make credit transactions



Raphael Matos Valentim
rvalentim@zilveti.com.br

Zilveti Advogados
Av. Angélica, 2.447, 18º andar
01227-200
São Paulo/SP
T (+55) 11 3254 5500
F (+55) 11 3254 5501
www.zilveti.com.br

Zilveti ADVOGADOS

Zilveti Advogados

Av. Angélica, 2.447, 18º andar
01227-200

São Paulo/SP

T (+55) 11 3254 5500

F (+55) 11 3254 5501

www.zilveti.com.br



(loans or financing transactions and credit rights acquisition) while using exclusively their own capital. These companies can also act on credit scoring, collect third-party's credits, sell credit related insurance, and issue electronic assets. Third-party owned funds are not allowed for such companies.

- Peer to Peer Loan Company

On the other hand, the Peer to Peer Loan Companies (SEPs) are marketplaces for P2P lending, in which individuals, companies or other legal entities (creditors) can lend to other individuals (or legal entities) by using the SEPs digital platform. The creditors can be classified as regular or qualified investors: regular investors can lend up to BRL 15,000.00 to each borrower, while qualified investors are free to invest as much as desired. While operating, SEPs are not allowed to use their own funds or resources for the credit transactions.

It is important to point out that the creditors will not be protected by the Brazilian credit Guarantee Fund, which secures up to BRL 250,000.00 in other kind of investments, such as in saving accounts. However, a guarantee can be provided as part of the credit transaction to protect the investment.

There are also some requirements that need to be set by SEPs whenever they receive the creditor's funds to be lent: (i) the specific credit conditions, such as the debtor's credit analysis, return rate, interest rate, payment flow, fees, etc.; (ii) the rights and obligations for each party (creditor, debtor and the SEP); (iii) a disclaimer by which the SEP does not grant the credit transaction in any way; (iv) a well-defined link between the credit and debit; (v) the enforcement of the payment flow; (vi) any guarantee provided by the borrower; (vii) the conditions for the transfer; (viii) information that enforcement is linked with the execution of the loan transaction; and (ix) a statement by which the creditor expressly manifests its knowledge about the investment risks.

The Resolution was well received by the fintechs that already operate in Brazil. If by regulating the fintechs' activities the Brazilian authorities are giving them the liberty to operate without the need of assistance from an already classified financial institution company (such as a bank), while also progressing to recognize such activities as official services, on the other hand, the Brazilian Central Bank can be authorized to investigate the substance of such companies and to terminate or prohibit the authorization when needed.

Applicability of the EU GDPR to Brazilian entities

The European Union's General Data Protection Regulation ("GDPR") comes into effect on May 25, 2018 replacing the existing data protection directive with a stronger protection framework across the European Union ("EU") and European Economic Area ("EEA"). Its main concern is to protect all EU citizens from privacy and data breaches in a time when society faces new technologies, such as cloud computing, social networks and data processing on an unprecedented scale. It also aims to give more control of their own personal data to individuals and to set a new international benchmark in data protection rights.

Principles

The GDPR requires consent by data subjects or legal permission for data treatment. All such data treatment must be fair, lawful and transparent. Personal data must only be collected for specific, explicit and legitimate purposes and be adequate, relevant and not excessive for such purposes. No data must be kept for longer than necessary or justified. In addition, companies dealing with data-intensive activities must designate a Data Protection Officer and non-European businesses reached by the GDPR must appoint a representative in the EU to ensure compliance.

International data transferences

The transference of personal data abroad is only permitted if an adequate level of data privacy protection at the destination is ensured. Brazil is not recognized by the EU Commission as providing such level of protection. Thus, a Brazilian entity may only receive personal data coming from the EU if such data is safeguarded by certain standard contractual clauses, or, if both sender and recipient are in the same corporate group, by binding corporate rules approved by the competent data protection authority (e.g. Federal Commissioner for Data Protection and Freedom of Information in Bonn, DE).

Effects on foreign entities

The GDPR aims to reach all entities processing the personal data of EU residents regardless of the entity's location. Access to a product or service by Europeans is not enough for the GDPR to apply, though it shall apply if the company's activities are directed to people located in the territory of the EU. It applies to data controllers or processors not established in the EU if they offer goods or services to EU citizens (e.g. websites or catalogues addressed to EU citizens) or if they monitor behaviors that takes place within the EU (e.g. business intelligence practices). Brazilian companies may be subject both to the GDPR and to the Brazilian Legal Framework of the Internet (Federal Law no. 12,965/2014 and Decree no. 8,771/2016) if they provide



Dr. Karin Klempp Franco, LL.M.
kklempp@rothmann.com.br



Luiz Fernando Plastino Andrade, Sc. M.
landrade@rothmann.com.br



Livia Cristina de Moraes Santos
lmoraes@rothmann.com.br

**Rothmann, Sperling Padovan,
Duarte Advogados***
Av. Nove de Julho, 4.939, 6º andar
01407-200 – Jardim Paulista
São Paulo/SP
T (+55) 11 3704 0788
www.rothmann.com.br

ROTHMANN
ADVOGADOS

**Rothmann, Sperling Padovan,
Duarte Advogados***

Av. Nove de Julho, 4.939, 6º andar
01407-200 – Jardim Paulista
São Paulo/SP
T (+55) 11 3704 0788
www.rothmann.com.br

ROTHMANN
ADVOGADOS

services to the EU over the internet and at least one step of data treatment, such as collection or storage of data, is done in Brazil. The GDPR grants a broader range of rights than the Brazilian Legal Framework of the Internet, so it is overall compatible with it and companies should not have a problem complying with Brazilian Law, if they are compliant with the GDPR.

Consequences

EU member-states are already putting in place a framework to enforce the GDPR (i.e. Germany's DSAnpUG-EU of 30 June 2017) and entities subject to it are facing a notable compliance issue. Both data controllers and processors are accountable in cases of data breaches or noncompliance with the GDPR, and they can be fined up to 4% of annual turnover of their corporate group or €20 Million, whichever is greater. It is advisable not to underestimate consequences of the GDPR.

Comparative chart

	BRAZILIAN LAW	EU REGULATION
APPLICABILITY TO BRAZILIAN ENTITIES	Upon treatment of personal data in relation to the internet if at least one of these acts occurs in Brazilian territory.	Upon treatment of personal data in connection to services or goods offered to people in the EU, or monitoring of behaviors taking place in the EU.
DEFINITION OF PERSONAL DATA	Data related to an identified or identifiable natural person, by reference to an identifier, including numbers.	Data related to an identified or identifiable natural person, by reference to an identifier, including numbers, or to factors specific to the natural person.
SENSITIVE DATA	No provision.	Special protection for sensitive data in relation to fundamental rights and freedoms.
REQUIREMENTS FOR CONSENT	Free, express and informed consent.	Free, express, informed and unambiguous consent by clear affirmative act.
REQUIREMENTS FOR CONTRACTS	Clear and comprehensive information about data treatment and protection, and the purposes for such.	Specific safeguards that ensure compliance with data protection requirements.

PURPOSES FOR DATA TREATMENT	Specified, explicit and legitimate purposes that justify data treatment.	Specified, explicit and legitimate purposes that justify data treatment.
BREACH NOTIFICATION	No specific provision.	Within 72 hours of knowledge of breach.
INFORMATION SECURITY	Minimum legally-mandated standards of information security.	Adequate information security measures.
DATA ERASURE	Upon request, termination of the relationship with subject, or expiration of purpose.	Upon withdrawal of consent or expiration of purpose.
AUTONOMOUS DECISIONS	No provision.	Restrictions to autonomous decision-making based on algorithms may be put in Member State laws.
DATA PROTECTION AUTHORITY	No provision.	Independent public authorities established by each Member State.
DATA PROTECTION OFFICER	No provision.	Under certain circumstances the entity must designate a data protection officer.
INTERNATIONAL DATA TRANSFERENCE	No provision.	Allowed to countries with an adequacy decision, or if the data recipient is bound by standard contractual clauses or by binding corporate rules.
PENALTIES	Up to 10% of the revenues of the group in Brazil in the previous financial year, suspension or prohibition of activities in Brazil.	Up to 4% of annual global turnover or €20 Million.

Rothmann, Sperling Padovan, Duarte Advogados*
 Av. Nove de Julho, 4.939, 6º andar
 01407-200 – Jardim Paulista
 São Paulo/SP
 T (+55) 11 3704 0788
www.rothmann.com.br

ROTHMANN
 ADVOGADOS

* Autor der Publikation *So geht's im Internationalen Steuerrecht Brasiliens (zu)*



Renê Ramos
verantwortlicher Partner
Kundenbetreuung
rene.ramos@emdoc.com
T (+55) 11 3405 7803

EMDOC*
R. Luís Coelho, 308
01309-000 - São Paulo - SP/Brasil
T (+55) 11 3405 7800
www.emdoc.com



Der globale Goldrausch: Visa für Investoren und Staatsbürgerschaft

Als Einwanderungsjuristen fällt uns immer wieder auf, dass viele ausländische Staatsbürger(innen), bevor sie nach Brasilien kommen oder wenn sie dort schon ein an die Arbeit oder die Familie gebundenes Zeitvisum besitzen, daran interessiert sind, die volle Freiheit für wirtschaftliche Gelegenheiten zu genießen und ihr eigenes Unternehmen zu gründen.

Normative Resolution 13: Investorenvisum

Ein(e) Ausländer(in), der/die in Brasilien bleiben will, um dort ein eigenes Unternehmen unabhängig von einer brasilianischen Gesellschaft zu gründen, muss ein Arbeits- und Aufenthaltsvisum als Investor erhalten, dass gemäß der Normativen Resolution Nr. 13 von der nationalen Einwanderungsbehörde ausgestellt wird.¹

Der erste Schritt für die Bewilligung dieses Arbeits- und Aufenthaltsvisums als Investor ist die Eröffnung eines brasilianischen Unternehmens, an dem der ausländische Investor als Partner beteiligt ist.

Dabei müssen wir im Hinblick auf die Bewilligung dieses Arbeits- und Aufenthaltsvisums als Investor wissen, dass ein(e) Ausländer(in) nicht dazu berechtigt ist, seine/ihre brasilianische Gesellschaft selbst zu repräsentieren oder zu leiten. Er/sie benötigt dazu die Hilfe eines Brasilianers oder eines Ausländers mit einem brasilianischen Dauervisum.²

Da dieser vorübergehend rechtmäßige Vertreter das brasilianische Unternehmen leiten wird, bis der ausländische Investor sein Investorenvisum erhält, ist es unabdingbar, dass dieser Manager eine vertrauenswürdige Person ist.

Kapitalinvestition R\$ 500,000

Nach diesem ersten Schritt ist es unerlässlich, ein Geschäftsbankkonto für die neugegründete Gesellschaft zu eröffnen. Danach muss der/die Ausländer(in) eine Investitionssumme von mindestens R\$ 500.000 (brasilianische Reais) auf dieses Konto einzahlen (ungefähr 150.000 US\$). Dabei muss es sich um sein/ihr eigenes Kapital handeln.

¹ <https://sistemas.mre.gov.br/kitweb/datafiles/Cingapura/en-us/file/RN%2013-2017.pdf>
² Dieses Dauervisum gibt es seit dem 21. November 2017 nicht mehr. Wer allerdings diese Art von Visum vor dem 21. November 2017 erhalten hat, behält dieses Visum weiterhin.

Im Devisenvertrag sollte der/die Ausländer(in) als Sender und die brasilianische Gesellschaft als Empfänger der Investition vermerkt sein. Als Transferzweck sollte „langfristige Direktinvestition in ein brasilianisches Unternehmen – Kapitaleinlage“ angegeben werden.

Die Erteilung eines Investorenvisums als Privatinvestor muss von der Einwanderungskordinierung des Arbeitsministeriums (MTE) beurteilt und genehmigt werden.

Es sollte klar sein, dass der ausländische Investor nicht glauben darf, er müsse sein Investorenvisum in Brasilien „kaufen“. Die Normative Resolution 13 macht deutlich, dass diejenigen, die an einem solchen Visum interessiert sind, diese Investition als „Lebensprojekt“ betrachten sollen: der/die Ausländer(in) soll wirklich etwas zum brasilianischen Unternehmen beitragen, in dem er/sie investiert und arbeitet sowie seine/ihre technischen und beruflichen Kompetenzen dafür nutzt, um Arbeitsplätze und Produktionsaktivitäten im Land zu schaffen.

Der Visumsantrag muss einen Entwicklungsplan enthalten, der die Geschäftsvorhaben der ersten drei Jahre nach der Ankunft des Ausländers in Brasilien beschreibt.

Wir haben keine speziellen freien Wirtschaftszonen oder Steuerbegünstigungen in unserer Gesetzgebung.

Kapitalinvestitionen zwischen R\$ 150,000 und R\$ 500,000

Die Normative Resolution 13 erwähnt auch die Möglichkeit für die Erhaltung eines Investorenvisums im Falle einer Eigenkapitalinvestition unter R\$ 500.000, wobei allerdings die Grenze von R\$ 150.000 nicht unterschritten werden darf.

Es ist jedoch äußerst wichtig zu wissen, dass in dieser Situation die Einreichung eines detaillierten Entwicklungsplans nicht ausreicht. In diesem Fall muss ausdrücklich hervorgehoben werden, dass die Gründung des Unternehmens und die Kapitalinvestition das Ziel verfolgen, in Innovationsaktivitäten, Grundlagen- oder Anwendungsforschung sowie in wissenschaftliche oder technologische Aktivitäten zu investieren.

Um das Arbeitsvisum für Investoren zu erhalten, muss die Gesellschaft, die diese geringere Investition erhält, Compliance mit mindestens einem der nachfolgenden Punkte nachweisen:

- Das Unternehmen hat von einer staatlichen Institution Investitionen, Finanzierungen oder Mittel zur Förderung von Innovationsprojekten erhalten;
- es ist in einem Technologiepark angesiedelt;
- es nimmt an einem Geschäftsinkubator-Programm teil oder hat ein solches erfolgreich abgeschlossen;
- es war Finalist in einem staatlichen Förderprogramm für Startups; oder

EMDOC*

R. Luís Coelho, 308
01309-000 - São Paulo - SP/Brasil
T (+55) 11 3405 7800
www.emdoc.com



EMDOC*

R. Luís Coelho, 308
01309-000 - São Paulo - SP/Brasil
T (+55) 11 3405 7800
www.emdoc.com



- es wurde von einem Startup-Accelerator in Brasilien gefördert.

Das Arbeitsministerium kann auch ein Arbeitsvisum für Investoren mit geringerer Investition gewähren, wenn die Gesellschaft Compliance mit den nachfolgenden drei Bedingungen zeigt:

- Das Unternehmen muss Urheber im Hinblick auf das Innovationsniveau des auf dem Markt eingeführten Produktes oder der Dienstleistung sein, wobei die Hauptaktivität des Unternehmens diesem Produkt (Dienstleistung) gewidmet sein muss;
- es muss Marktabdeckung im Hinblick auf den Durchdringungsgrad des Produkts, des Prozesses oder der Dienstleistung gewährleisten, wobei die Hauptaktivität des Unternehmens diesem Produkt (Dienstleistung) gewidmet sein muss;
- es muss sich als relevant im Hinblick auf Einfluss und Wertsteigerungspotenzial des Produkts, des Prozesses oder der Dienstleistung darstellen, wobei die Hauptaktivität des Unternehmens diesem Produkt (Dienstleistung) gewidmet sein muss.

Andere Bedingungen

Während der ersten drei Jahre der Gültigkeit des Arbeits- und Aufenthaltsvisums für Investoren darf der Ausländer sein investiertes Kapital nicht abziehen oder aus der brasilianischen Gesellschaft austreten. Außerdem ist dem Ausländer nicht gestattet, seine Dienste als Mitarbeiter oder Freiberufler einem anderen brasilianischen Unternehmen anzubieten, denn es liegt in der Natur des Investorenvisums, dass der/die Investor(in) die Geschäftsleitung und Verwaltung der eigenen Gesellschaft betreibt.

Nach den drei Anfangsjahren muss die zeitlich begrenzte CRNM-Karte (der von der Staatspolizei ausgestellte Personalausweis für Ausländer), die an die brasilianische Gesellschaft gekoppelt ist, durch eine "nicht gekoppelte"³ CRNM-Karte ersetzt werden, die eine Gültigkeit von neun Jahren besitzt.

Zu diesem Zeitpunkt muss der/die Ausländer(in) die Verlängerung seiner/ihrer Aufenthaltsgenehmigung in Brasilien beim Arbeitsministerium beantragen und dies mit seiner/ihrer Investition in die brasilianische Gesellschaft begründen. Dazu muss der/die Ausländer(in) Unterlagen vorlegen, die nachweisen, dass das investierte Kapital nicht abgezogen wurde und dass er/sie weiterhin Partner(in) des Unternehmens ist und es in den vergangenen drei Jahren immer war. Außerdem muss er/sie das Complianceniveau mit dem oben erwähnten Entwicklungsplan nachweisen.

³ Im neuen Einwanderungsgesetz ist nicht eindeutig geklärt, wie lange der Ausländer an die brasilianische Gesellschaft gebunden sein muss.

Wenn alle diese Nachweise vom Arbeitsministerium genehmigt worden sind, muss der/die Ausländer(in) sich wieder bei der Staatspolizei melden, um sein/ihr Registrierungsprotokoll zu erhalten, das später durch die neue CRNM-Karte mit einer Gültigkeit von drei Jahren ersetzt wird.

Doppelte Staatsbürgerschaft

Eigentlich lässt Brasilien keine doppelte/mehrfache Staatsbürgerschaft zu, es gibt allerdings zwei Ausnahmen:

(i) wenn der/die Antragsteller(in) mit doppelter/mehrfacher Staatsbürgerschaft geboren wurde: zum Beispiel, der/die Antragsteller(in) ist Sohn oder Tochter eines italienischen Staatsbürgers und wurde in Brasilien geboren. In diesem Fall ist der/die Antragsteller(in) Italiener(in) (Blutrecht) und Brasilianer(in), weil er/sie in Brasilien zur Welt kam;

(ii) Einbürgerung eines Brasilianischen Staatsbürgers in einem anderen Land aufgrund der dort gültigen Gesetzgebung als Voraussetzung seines Aufenthalts in seinem Staatsgebiet oder zur Ausübung seiner Zivilrechte.

Gesetzliche Grundlage: Staatliches Grundgesetz, Artikel 12, 4. Absatz, II, "a" und "b".⁴

EMDOC*

R. Luís Coelho, 308
01309-000 - São Paulo - SP/Brasil
T (+55) 11 3405 7800
www.emdoc.com



* Autor der Publikation *So geht's Ihr Visum in Brasilien*

⁴

http://www.stf.jus.br/repositorio/cms/portalStfInternacional/portalStfSobreCorte_en_us/anexo/Constitution_2013.pdf



Maria Lúcia Menezes Gadotti

Marialucia.gadotti@stussinesvessp.com.br

T (+55) 11 3093 6636



Fernanda Carvalho Serra

fernandaserra@stussi-neves.com

T (+55) 11 3093 6600

Stüssi-Neves Advogados*

Rua Henrique Monteiro, 90 -
10º andar

05423-020 - São Paulo - SP/Brasil

T (+55) 11 3093 6612

F (+55) 11 3097 9130

www.stussi-neves.com

Stüssi-Neves
Advogados

Die Arbeitsrechtsreform und die Anwaltsprozessgebühren

Durch das Gesetz Nr. 13.467/2017, die sogenannte Arbeitsrechtsreform, wurde im Rahmen der unterschiedlichen Neuerungen des Arbeitsgesetzbuchs (CLT) unter anderem Artikel 791-A eingefügt, der vorsieht, dass die unterlegene Partei dem Anwalt der Gegenseite Prozessgebühren zwischen 5% und 15% des Urteilsbetrages, des aus dem Urteil resultierenden wirtschaftlichen Vorteils oder, falls es nicht möglich ist, diesen zu bemessen, des aktualisierten Streitwerts zahlen muss. Es handelt sich um eine Last der im Gerichtsprozess unterlegenen Partei.

Vor der erwähnten Änderung des CLT richteten sich Fragen bezüglich der prozessualen Anwaltsgebühren in der Arbeitsjustiz nach den beiden Leitsatzentscheidungen des Bundesarbeitsgerichts, Nrn. 219 und 329, die die Pflicht zur Tragung der Prozessgebühren des Anwalts der Gegenseite nur für Parteien vorsah, die von der Gewerkschaft vertreten wurden.

Die Prozessgebühr des Anwalts der obsiegenden Partei stellt nach der neuen Gesetzgebung eine Art vermögenswerter Entschädigung zugunsten desjenigen dar, der im Prozess obsiegt.

Zu der Vielzahl von Zweifelsfragen bezüglich der Arbeitsrechtsreform gehört die der zeitlichen Anwendbarkeit, d.h. ab wann die Normen bezüglich der Gebühren gelten und anwendbar sind.

Dazu hat der 6. Senat des brasilianischen Bundesarbeitsgerichts (TST) entschieden, dass die Regel der Zahlung der von der unterlegenen Partei zu zahlenden Anwaltsgebühren auf Prozesse nicht anwendbar ist, die vor dem Beginn der Geltung der Arbeitsrechtsreform am 11.11.2017 geführt wurden. Die Änderungen sind daher nur auf Prozesse nach dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes anwendbar.

Mit diesem Thema hat sich jetzt der brasilianische Bundesgerichtshof (Superior Tribunal de Justiça – STJ) beschäftigt und die Auffassung vertreten, dass die Anwendbarkeit der neuen Bestimmungen zu den prozessualen Anwaltsgebühren auch für laufende Klagen gilt, solange das Urteil, in dem die Angelegenheit behandelt wird, verkündet wurde, als die neue Regelung bereits galt.

Die Arbeitsrichter haben die neue Regelung der Prozessgebühren des Anwalts der Gegenseite als nicht anwendbar angesehen für Prozesse aus der Zeit vor der Geltung des neuen Gesetzes, d.h. die neuen Vorschriften über Prozessgebühren sollten nur für die Prozesse gelten, die nach Inkrafttreten des neuen Arbeitsgesetzbuchs geschäftsverteilt wurden.

In diese Richtung geht auch die Stellungnahme der Nationalen Vereinigung von Arbeitsrichtern (ANAMATRA – Associação Nacional dos Magistrados do Trabalho) –,

die die Auffassung vertritt, dass die Verurteilung zur Zahlung von Prozessgebühren des Anwalts der Gegenseite wegen der Garantie, nicht überrascht zu werden, sowie wegen des Grundsatzes der Kausalität erfolgt (die Bewertung der erwarteten Kosten und Risiken findet im Moment der Erhebung der Klage statt), nur in den Prozessen auferlegt werden kann, deren Beginn zeitlich nach Inkrafttreten des Gesetzes Nr. 13.467/2017 liegt.

Prämisse dieser Auffassung ist die Rechtssicherheit der Parteien. Nach dieser Auffassung dürfe es nicht erlaubt werden, dass eine der Partei die finanzielle Last tragen müsse, wenn dies bei Klageerhebung nicht vorhersehbar gewesen sei.

Es ist darauf hinzuweisen, dass die Entscheidung auch das Vertrauen der Parteien schützen muss, einen Akt im Lichte des zurzeit geltenden Rechts durchzuführen und verhindern muss, dass sie durch von einer Entscheidung überrascht werden. In diese Richtung geht auch Artikel 10 Zivilprozessordnung, die es dem Richter untersagt, seine Entscheidung auf einer Grundlage zu treffen, zu der sich die Parteien vorher keine Gelegenheit hatten, sich zu äußern.

Schließlich kommen wir zu dem Schluss, dass die Frage des Anfalls von prozessualen Anwaltsgebühren der bisherigen Rechtsprechung des TST widerspricht und den Anwälten der Gegenseite erlaubt, von der unterlegenen Partei die vom Richter festgesetzten Honorare von zwischen 5% und 15% zu verlangen. Jetzt ist allerdings erstmal abzuwarten, ob das TST seine Leitsatzentscheidungen überprüft und sich die Auffassung der Arbeitsgerichtsgerichte festigt.

Ungeachtet der in jüngsten Entscheidungen zum Ausdruck gebrachten anderen Auffassungen weisen wir darauf hin, dass auch die Lehre signalisiert hat, dass sie im Blick auf das Prinzip der Kausalität, nach welchem keine Partei von Regeln, die ihre Rechtslage verschlechtern, überrascht werden darf, mal ganz abgesehen von den Risiken, die auf demjenigen lasten, der Klage erhebt, der Ansicht ist, dass der Stichtag das Datum der Klageerhebung sein muss.

Fakt ist, dass die durch die neue Gesetzgebung verursachten Änderungen zu einer umgehenden Reduzierung von Arbeitsklagen geführt und viele rechtliche Abenteuer ausgebrems hat, die aufgrund der Abwesenheit Prozesskosten für den Kläger oder in durch die in der Klage geltend gemachten Ansprüchen motivierten Gutachten unternommen wurden.

Auf der anderen Seite sind die Prozesskosten, ganz oder zum Teil, für den Fall des Unterliegens von Unternehmen bei der Bewertung der Prozessrisiken, Rückstellungen für finanzielle Risiken und das Verhalten im Prozess (bei der Führung des Prozesses oder beim Versuch einer gütlichen Einigung) zu berücksichtigen.

Stüssi-Neves Advogados*

Rua Henrique Monteiro, 90 -
10º andar

05423-020 - São Paulo - SP/Brasil

T (+55) 11 3093 6612

F (+55) 11 3097 9130

www.stussi-neves.com

Stüssi-Neves
Advogados

*Autor der Publikationen ***So geht's Ihr Einstieg in Brasilien***
und ***So geht's Arbeitsrecht in Brasilien***



Renata A. Pisaneschi
rpisaneschi@machadoassociados.
com.br



Amanda de Oliveira Gomide
agomide@machadoassociados.
com.br

Av. Brigadeiro Faria Lima, 1656
11º andar
01451-918
São Paulo/SP
T (+55) 11 3819 4855
www.machadoassociados.com.br



The Single Member Limited Liability Entity (Eireli) and the Challenges for its Incorporation

The Single Member Limited Liability Entity (“EIRELI”) was created in 2011 by means of Law No. 12441/11 that amended the Brazilian Civil Code. Since then, several obstacles were imposed by Brazilian authorities for the incorporation of an EIRELI held by a legal entity. Recent developments have finally removed the last obstacles and, consequently, any legal entity may now own an EIRELI as a subsidiary in Brazil.

In accordance with Brazilian laws, EIRELI is a legal entity held by only one person and the main requirement for its incorporation is a minimum corporate capital of at least 100 times the minimum wage in Brazil, which must be fully paid up at the moment of its incorporation. This minimum amount was set forth by the legislator to provide additional protection to the EIRELI’s creditors, as there is only one person behind the veil of such type of legal entity.

The responsibility of the owner of an EIRELI is limited to the amount of the corporate capital of the entity and its owner may be held personally liable under exceptional cases set forth by law, in the same manner as in the most common types of legal entities in Brazil (i.e., limited liability companies, known as ‘Sociedades Limitadas’, and corporations, known as ‘Sociedades por Ações’).

In fact, an EIRELI has similarities with Sociedades Limitadas and even the rules applicable to the latter are also applicable to EIRELI on a subsidiary basis. Nonetheless, unlike the EIRELI, the quotas of a Sociedade Limitada must be held by at least two partners (quotaholders), except under transitory circumstances, when a Sociedade Limitada may be held by a sole quotaholder for a maximum term of 180 days, subject to the dissolution of the company.

At the time of the creation of the EIRELI by the legislator, it was discussed whether such type of legal entity could be held only by individuals or also by another legal entity. The controversy resulted from the imprecise language of the law and it was also embedded on the wrong and misleading argument that EIRELI held by other entity could ease the practice of illegal acts (such as money laundering and concealment of goods). The understanding of the Department of Corporate Registration and Integration (“DREI”), which regulates the Commercial Registries in Brazil, was that the EIRELI could only be held by individuals and, therefore, DREI prohibited the Commercial Registries from registering any document of an EIRELI held by a legal entity, including transformation documents of a Sociedade Limitada into an EIRELI when the remaining

sole quotaholder was a legal entity.

Unfortunately, the express rule issued by DREI was insufficient to solve the problem, as the registration of the corporate document with the Commercial Registry is only one of the many steps involved in the bureaucratic and time-consuming procedure of setting up a business in Brazil.

In addition to the registration with the Commercial Registry, all legal entities must also be registered with other Governmental Authorities, such as (but far from being limited to) the Federal Taxpayers' Register of Legal Entities of the Ministry of Finance ("CNPJ/MF"), and, depending on the activity to be developed by the new entity, with the State and Municipal Tax Authorities amongst others.

In this scenario, even after the express permission of DREI in March 2017, the Brazilian Federal Revenue Service had not (until very recently) updated its CNPJ/MF enrollment system, which only accepted EIRELI held by individuals as owners of EIRELI. In view of the above, the process of incorporation of (or transformation into) an EIRELI could not be fully concluded.

In the first fortnight of April 2018, the Brazilian Federal Revenue Service updated its CNPJ/MF electronic system to include legal entities as owners of EIRELIs, and, with this obstacle overcome, any person, individual or legal entity, in Brazil or abroad, can finally incorporate an EIRELI (or to transform a limited liability company into an EIRELI).

We believe that this (not so) new alternative of legal entity will facilitate new investments in Brazil, to the extent that it reduces bureaucracy and costs of having and dealing with a second partner for the sole purpose of incorporating a company in Brazil.

Machado Associados

Av. Brigadeiro Faria Lima, 1656

11º andar

01451-918

São Paulo/SP

T (+55) 11 3819 4855

www.machadoassociados.com.br





Philipp Klose-Morero
Managing Partner
Rödl & Partner Latin America
philipp.klose-morero@roedl.com
T (+55) 11 5094 6060 Ext. 101



Michael Löb
Client Service Partner Tax & Corporate
Rödl & Partner São Paulo
michael.loeb@roedl.com
T (+55) 11 5094 6060 Ext. 110



Karen Steuer
LatAm-Coordinator & Tax Manager
Rödl & Partner São Paulo
karen.steuer@roedl.com
T (+55) 11 5094 6060 Ext. 108

Rödl & Partner*
Rua Verbo Divino, 1488
3º andar Cj 3A
04719-002 - São Paulo - SP/Brasil
T (+55) 11 5094 6060
www.roedl.de/brasilien

Rödl & Partner

Expectations for the harmonization of Brazilian Transfer Pricing rules to OECD's standards

It is widely known that all countries are going through sensitive modifications after the launching of BEPS (Base Erosion and Profit Shifting) project final reports. As Brazil is concerned, being a G20 member, Brazil is an important global player, and has worked closely with Organisation for Economic Co-operation and Development ("OECD") on international tax policies in the last decade.

In the context of global economy and harmonization of international tax policies, the need of synergy has never been so evident on Brazilian agenda, specially being through the greatest political turmoil of its History, whose effects are still being felt on upcoming phases of "Lava Jato" ("Car Wash" in free translation) Operation, the greatest investigation of corruption in Brazil.

Regardless of the close cooperation, on May 2017 Brazil enrolled formally its request to join OECD, and has been adopting a more receptive approach towards the discussion of harmonizing its domestic rules to the international standards. In the past, the resistance from tax authorities was clear on any level of discussion concerning modification to the Brazilian transfer pricing policies.

As a result of this effort, in February 2018, the Brazilian Government through the Brazilian Federal Revenue Service (RFB) jointly with OECD launched a 15-month work program called 'Transfer Pricing in Brazil', in which the legal and administrative framework of current Brazilian transfer pricing system will be analyzed, covering strengths and weaknesses of the Brazilian approach and also explore options to a foremost alignment with the OECD's internationally accepted standards.

Just for the information, the Brazilian model foresees that transfer of resources from a Brazilian entity to a foreign entity of the same economic group (or which is located in a low tax jurisdiction according to the definition set forth in the legislation); such is taxed with fixed margins determined in the legislation. This model is significantly different from adopted from OECD members that usually follows the arm's length principle (which is, in few words, the price practiced amongst companies as if they were independent parties – at 'an arm's distance').

While on one hand the Brazilian methodology tends to be more simplified, it raises the double taxation risk, since it works with different assumptions from the other countries' methods. In essence, the methodologies may have quite

similar rationale; however, in practice, they are not compatible. Further, Brazil does not recognize the Transaction Net Margin Method (“TNMM”), which, in essence, is a method used for recognition of the contribution to valuable or intangible assets from an entity on transactions where this mentioned entity is the main or only contributor to the value generation of this asset.

These mismatches between Brazilian and OECD’s methodology also increase complexity within international compliance, giving raise to disruptions on intercompany flows. As a matter of fact, many international groups have to choose between bearing the fiscal effect of transfer pricing in Brazil or in the jurisdiction in which the transactions Brazil carries out operation. As a result, this may lead to double taxation. In addition, Brazil does not accept a global Transfer Pricing documentation, according to OECD standards – rather, requires an annual domestic documentation governed by local rules (i.e. Law # 9,430/1996 and Normative Instruction # 1,312/2012, among others).

Since the event when the “Transfer Pricing in Brazil” project was announced, few comments were made on the study development. It is expected that the topics above, among others, are addressed in the report. The discussion is a milestone in terms of dialogue of tax policies in Brazil, since modifications on the transfer pricing has always been a sensitive topic on Tax Agenda.

In meantime, the tax community is looking forward to the modifications and developments to a more harmonized International tax system. With this, it is possible that the next step might be the implementation of closer BEPS directives to the domestic legislation.

Rödl & Partner*

Rua Verbo Divino, 1488
3º andar Cj 3A
04719-002 - São Paulo - SP/Brasil
T (+55) 11 5094 6060
www.roedl.de/brasilien

Rödl & Partner

*Autor der Publikationen *So geht’s Besteuerung von Unternehmen in Brasilien*
und *So geht’s Buchhaltung in Brasilien*



André Alarcon
aalarcon@demarest.com.br



Fabio de Almeida Braga
fbraga@demarest.com.br



Alessandra Garcia Albergaria Pereira
agarcia@demarest.com.br

Demarest Advogados*
Av. Pedroso de Moraes, 1201
05419-001 - São Paulo - SP/Brasil
T (+55) 11 3356 1531
F (+55) 11 3356 1700
www.demarest.com.br



Foreign credit transactions - Modifications on the Central Bank System of Registration

The National Monetary Council and the Central Bank of Brazil continue the process of decreasing bureaucracy and increasing flexibility to the rules and procedures applicable to registration of the foreign capitals entered Brazil, in respect of the foreign credits. The move has been implemented through Resolução 4.637 of 02/22/2018 (which modified Resolução 3.844/2010) and Circular 3.883 of 03/07/2018 (which modified Circular 3.689/2013).

A few, but relevant modifications were made in the text of the rules currently in place. In practical terms the modifications introduced reflect a change in the way that the electronic system of registration of foreign credits module ROF - Registro de Operações Financeiras - works, bringing more flexibility to the registration of the terms and conditions of each transaction.

The modifications introduced also include provisions related to the registration of acquisition, in Brazil, of private placement debentures, which did not exist in the prior rules. The lack of provisions used to bring uncertainties as to the treatment that should be observed in such situations. Another modification refers to the registrations of renegotiation and assignment of debts. In those situations, once the funds are received, the changes referring to maturity date or to financial conditions and the change of the debtor are responsibilities of the original debtor, who has to timely inform them in the RDE - module ROF, cancelling the registration of the original debt and providing a new registration.

Hence, the main purpose of the modifications was the modernization and softening of the credit registration system that, currently, in many situations limits the input of data representing difficulties for adequacy of the terms and conditions of the international agreements inside the environment of the Central Bank's electronic system. The new system has the purpose, therefore, of accommodating itself to the reality of and to the transactions conducted in the international credit market.

The new rules, as well as the new foreign credits registration system, will come into force as from next July 2nd, and the all data currently registered under the ROF module will be migrated to the new system.

It is important to highlight, however, that the superior rules (Laws and Decrees) that regulate and give the directions of the exchange market and of the foreign capital in Brazil shall remain the same and unaltered. Therefore, the changes represented by the new rules reflect solely structural changes in the way under which the registrations of credit transactions are made.

The changes introduced by the new regulation aim at increasing the efficiency of the registration proceeding and reducing its costs for both the users and the Central Bank, maintaining the content, quality and timing of the information that are indispensable to the assignments of the public body.

We have been closely following the process of modernization and softening of the systems and rules to which the Central Bank has been dedicating itself during the last years. Our team is fully available to clarify any doubts and to help the companies in the transactions that may involve the new system.

Demarest Advogados*

Av. Pedroso de Moraes, 1201
05419-001 - São Paulo - SP/Brasil

T (+55) 11 3356 1531

F (+55) 11 3356 1700

www.demarest.com.br



*Autor der Publikation *So geht's Tax Incentives in Brasilien*



Ana Valéria Corrêa Pantoja
apantoja@pnst.com.br

Pacheco Neto Sanden Teisseire
Advogados*

Al. Franca, 1050 - 3-11 andar
01422-001 - São Paulo - SP/Brasil
T (+55) 11 3897 4400 / 3063 6177
F (+55) 11 3063 6176
www.pnst.com.br



Die Anerkennung aussergerichtlicher Vergleiche nach der Arbeitsrechtsreform in Brasilien

Das Gesetz 13.467/2017, auch als “Arbeitsrechtsreform” bekannt, führte einige Neuigkeiten des Brasilianischen Arbeitsrechts ein, wobei die Möglichkeit der Anerkennung von aussergerichtlichen, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern unterzeichneten Vergleichen, die einschliesslich auf die derzeitigen Arbeits- und Berufsverhältnisse anwendbar sind, hervorzuheben ist.

Es handelt sich um ein Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit im Bereich des Arbeitsgerichts, das im brasilianischen Arbeitsprozess bisher unzulässig war.

Es sei darauf hingewiesen, dass das Arbeitsgericht vor der Arbeitsrechtsreform die Durchführung von Vergleichen nur als Möglichkeit zur Beilegung von laufenden Arbeitsprozessen, in denen Hinweise auf möglicherweise nicht gewährte Rechte vorlagen, zuliess.

Nach der Arbeitsrechtsreform ermöglicht dieses neue Verfahren, dass ein Vergleich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer dem Richter vorgelegt wird, der das Geschäft analysieren wird, damit der Vergleich (vollständig oder teilweise) genehmigt wird.

Die im Gesetz zur Genehmigung des außergerichtlichen Vergleichs vorgesehenen Voraussetzungen sind:

1. Einreichung des gemeinsamen Antrags durch die Parteien mit allen Bedingungen des Vergleichs;
2. Vertretung der Parteien durch Rechtsanwälte, wobei beide nicht durch denselben vertreten werden können;

Es ist anzumerken, dass der Richter befugt ist, den aussergerichtlichen Vergleich nicht zu genehmigen, auch wenn die formalen Voraussetzungen erfüllt sind. In diesem Fall muss er seine Entscheidung begründen.

Die Weigerung des Richters, den Vergleich zu genehmigen, kann beispielsweise basieren auf:

- a) Nichteinhaltung einer der formellen Anforderungen;
- b) Feststellung, dass der in dem Antrag beschriebene Willen nicht mit dem tatsächlichen Willen einer der interessierten Parteien übereinstimmt;
- c) Feststellung, dass der Vergleich nicht aus einem echten Geschäft der Parteien mit dem notwendigen Gleichgewicht zwischen den Parteien resultiert;
- d) Feststellung, dass der Vergleich unverfügbare Rechte umfasst oder offensichtlich rechtswidrig oder unzulässig ist.

In Übereinstimmung mit dem Gesetz sollte der Richter innerhalb von 15 Tagen nach der Einreichung des Antrags, den Vergleich analysieren, eine Anhörung der Parteien anberaumen, wenn er dies für notwendig erachtet, und ein Urteil fällen.

Es wurde jedoch beim regionalen Arbeitsgericht von São Paulo (2. Bezirk) festgestellt, dass nach der Einreichung des Antrags der Prozess an das CEJUSC (Justizzentrum für die Lösung von Einzelkonflikten) verwiesen wird, welchem die Kompetenz (auf der Ebene des Gerichtshofs von São Paulo) für die Bearbeitung von Anträgen auf Genehmigung aussergerichtlicher Vergleiche zugeteilt worden ist.

Die Anordnung einer Anhörung wird von dem CEJUSC vorgenommen, und erst danach kehrt der Prozess zu der Gerichtskammer zurück, bei der er ursprünglich eingereicht wurde, damit das Urteil gefällt wird; was in den meisten Fällen dazu führt, dass die gesetzlich vorgeschriebene 15-tägige Frist für die Analyse der Vereinbarung nicht eingehalten wird.

Es wird noch darauf hingewiesen, dass die Richter die Prozesskostenübernahme durch die betroffenen Parteien in Höhe von 2% des Vergleichswertes festgesetzt haben. In bestimmten Fällen ordnen die Richter an, dass die Firma die gesamten Prozesskosten des Verfahrens übernimmt, und in anderen Fällen, dass die Kosten von den Parteien geteilt werden und den Arbeitnehmern im Allgemeinen Kostenlosigkeit von der Justiz gewährt wird.

Die Entscheidung, mit der der Vergleich genehmigt wird oder nicht, ist ein Urteil und kann daher angefochten werden.

Sobald der Vergleich genehmigt worden ist, kann die vom Arbeitnehmer gewährte Entlastung spezifisch in Bezug auf das von den Parteien abgewickelte Objekt vollständig und umfassend sein, sofern der Richter nicht anderer Auffassung ist oder es eine gegenteilige Bestimmung von den Parteien gibt.

**Pacheco Neto Sanden Teisseire
Advogados***

Al. Franca, 1050 - 3-11 andar
01422-001 - São Paulo - SP/Brasil
T (+55) 11 3897 4400 / 3063 6177
F (+55) 11 3063 6176
www.pnst.com.br

PACHECO NETO
SANDEN
TEISSEIRE
Advogados

**Pacheco Neto Sanden Teisseire
Advogados***

Al. Franca, 1050 - 3-11 andar
01422-001 - São Paulo - SP/Brasil
T (+55) 11 3897 4400 / 3063 6177
F (+55) 11 3063 6176
www.pnst.com.br



Es ist darauf hinzuweisen, dass das Gesetz vorsieht, dass die Annahme des Anerkennungsverfahrens von Vergleichen nicht die Geldbuße für eine eventuell verspätete Zahlung der Abfindung ausschließt (gemäß Artikel 477, § 8, CLT). Daher kann der aussergerichtliche Vergleich nicht dazu verwendet werden, um zu versuchen, die Frist für die Zahlung einer etwaigen Abfindung an den Arbeitnehmer zu verlängern.

Trotz der Details wurde dieses neue Verfahren nicht nur von der Justiz, sondern auch von Unternehmen und Arbeitnehmern mit einer großen Nachfrage nach dieser Form der Konfliktlösung sehr positiv aufgenommen.

Zusätzlich zur Verfahrensgeschwindigkeit bringt das Verfahren den Parteien größere Sicherheit: einerseits dem Arbeitnehmer in dem Sinne, dass die getätigte Transaktion respektiert wird - unter Androhung der Vollstreckung; und andererseits dem Arbeitgeber für die effektive Entlastung in Bezug auf die Rate(n), die mit dem vor Gericht ratifizierten Vergleich gezahlt wurden.

*Autor der Publikation *So geht's die Limitada in Brasilien*

What happens with the Labor Reform after the Provisional Measure regulating the matter lost its validity and was not converted into law up to April 23, 2018?

Introduction:

Law No. 11.467/2017, better known as the “Labor Reform”, was sanctioned by President Michel Temer on July 13, 2017, whereby its effectiveness began on November 11, 2017, precisely one hundred and twenty (120) after its approval.

The Labor Reform modified a number of articles of the Consolidated Labor Laws (CLT) and also innovated Brazilian labor-related legislation, introducing new possibilities of contracting and of negotiations of working conditions.

Among the novelties that were created we stress the establishment of home office work (telework) and the prevalence of collective bargaining agreements over the CLT, when they provide on certain matters, such as the hours bank and the intra-workday break.

Right from the beginning of the new law, attorneys and other parties related to Law in general, as well as the businesspersons and other employees, faced a period of major legal insecurity and of many doubts and uncertainties, due to the alterations and innovations that arose from the Reform for the labor relations. Were this not enough, many of these changes required specific regulations, which became something that was looked for with anxiety by all parties.

The enactment of Provisional Measure No. 808/2017:

Pursuant to Article 62 of the Brazilian Federal Constitution, in the event of relevance and urgency, the President of the Republic can adopt provisional measures that have the force of law, which were to be immediately submitted to the National Congress.

Thus, in the early scenario of the effectiveness of Law No. 13.467/2017, on November 14, 2017, Provisional Measure No. 808 (MP No. 808) was published, which once again amended Articles of the CLT, including some that had been inserted in legislation by the Labor Reform or that were modified by it.



Sonia Marques Döbler
sonia@dobler.com.br



Camila Machado
camila.machado@dobler.com.br

Sonia Marques Döbler
Advogados*
Rua Dona Maria Paula, 123
Edifício Main Offices - 19º andar
01319-001
São Paulo/SP
T (+55) 11 3105 7823
www.dobler.com.br

SONIA MARQUES
DÖBLER Advogados

Sonia Marques Döbler

Advogados*

Rua Dona Maria Paula, 123
Edifício Main Offices - 19º andar
01319-001
São Paulo/SP
T (+55) 11 3105 7823
www.dobler.com.br

**SONIA MARQUES
DÖBLER Advogados**

However, the abovementioned Paragraph Three of the CLT article mentioned above establishes that the provisional measures automatically lose their effectiveness, right from the date of their enactment, if they are not converted into law within a period of sixty days, which is postponable once for an equal period, by voting in the Congress. On account of this, on February 20, 2018, the effectiveness of MP No. 808 was extended for sixty (60) days. However, Congress was inert, when failing to vote on the Provisional Measure within the legal deadline, which as a consequence was not converted into law.

Although MP No. 808 had not extinguished all of the doubts that arose with the Labor Reform, nor had fully regulated the matters that required supplementation and additional orientation, even so it addressed certain important aspects. Among them one must stress the express provision, contained in the mentioned provisional measure, that the Labor Reform is applicable to all of the employment contracts, including those that were already effective, upon the commencement of effectiveness of Law No. 13.467/2017.

Therefore, as it was not converted into a statutory law within the deadline provided in the Federal Constitution, by the National Congress, MP No. 808 lost its effectiveness on April 23, 2018.

What happens with the Labor Reform after the loss of effectiveness of MP No. 808?

With the end of MP No. 808, the original text of Law No. 13.467/2017 returns, with no alterations and innovations brought by the provisional measure, with highlight for the:

• Application of the Labor Reform to the employment contracts that were effective:

MP No. 808 expressly provided that the rules implemented by the Labor Reform are applicable to the already existing employment contracts, executed prior to the effectiveness of the new law.

With the end of the provisional measure, there is return of the legal scholars discussions about the application (or not) of the new law to the employment contracts established prior to the effectiveness of the Labor Reform.

• Pregnant and breast-feeding women in unhealthy activities:

The pregnant employees can work in unhealthy environments, provided that (i) they show a specific medical certificate authorizing such work, and (ii) the level of unhealthiness is minimum or medium. The breast-feeding employees can work in unhealthy environments, irrespective of the level, unless the exercise of the activity is forbidden by a medical certificate.

- **Intermittent work:**

A category of hiring created by the Labor Reform, in which the performance of services is not continuing, whereby there is variance between periods of performance of services and of inactivity. MP No. 808 had certain rules of social security contribution that are applicable to such kind of contracting and, with its dismissal, there is prevalence of the original text of the Labor Reform, which provides that the employer must effect the payment of the social security contribution and the deposit of the Unemployment Compensation Fund, based on the amounts paid in the monthly period to the employee.

- **12x36 Workday:**

With the end of effectiveness of MP No. 808, employees and employers are free to negotiate the work schedule, without participation of the union, irrespective of the area of work (the provisional measure established that the individual negotiation was only valid for workers of the health area).

- **Indemnity for pain and suffering:**

The Labor Reform created parameters for the judging party in labor-related claims to establish the amount of the indemnity for pain and suffering, to wit: (i) an offense of a mild nature, up to three times the last contractual salary of the offended party; (ii) an offense of a medium nature, up to five times the last contractual salary of the offended party; (iii) an offense of a serious nature, up to twenty times the last contractual salary of the offended party, and (iv) an offense of an extremely serious nature, up to fifty times the last contractual salary of the offended party.

Thus, there is no longer application of the criteria established by MP No. 808, in which the base amount for establishment of the pain and suffering was the maximum limit of the benefits of the General Social Security System, and not the contractual salary of the offended party.

Conclusion:

Considering the recent end of the effects of Provisional Measure No. 808, the original text of the Labor Reform is what must be considered and applied hereafter, disregarding the amendments introduced by MP No. 808.

The Higher Labor Court (TST) created a Commission of Judges, having the purpose of examining the application of Law No. 13.467/17 to the labor relations. According to news on the site of the TST, Judge Aloysio Corrêa da Veiga, who presided the work of the Commission, delivered an opinion to the President of the Court on May 16, 2018. According to the opinion, the Judges acknowledge that the Labor Reform created sensitive amendments to the Consolidated Labor Laws (CLT), when it is natural that, in principle, such changes can generate doubts and uncertainties in the application of the law.

Sonia Marques Döbler

Advogados*

Rua Dona Maria Paula, 123
Edifício Main Offices - 19º andar
01319-001
São Paulo/SP
T (+55) 11 3105 7823
www.dobler.com.br

**SONIA MARQUES
DÖBLER Advogados**

Sonia Marques Döbler

Advogados*

Rua Dona Maria Paula, 123
Edifício Main Offices - 19º andar
01319-001

São Paulo/SP

T (+55) 11 3105 7823

www.dobler.com.br

**SONIA MARQUES
DÖBLER Advogados**

The creation of the Commission of Judges for the development of a study arose precisely from the necessity of establishing limits that can guide not only the employers and the employees themselves, but also those that can apply the law, always with the purpose of assuring the legal security.

However, one cannot forget that Law No. 13.467/2017 is still embryonic, so that one is not certain about how the judges and higher court judges will construe and apply the legal provisions that were amended. Thus, one must wait for the ripening and the development of consolidated case law concerning the amendments created by the Reform, which will occur in the course of time as from the judgment of the concrete cases.

* Autor der Publikation ***So geht's M&A in Brasilien***

Alle Inhalte dieses Newsletters obliegen der Verantwortung der jeweiligen Autoren und wurden von diesen sorgfältig recherchiert.

Für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Inhalte übernimmt die Deutsch-Brasilianische Industrie- und Handelskammer keine Gewähr.

Deutsch-Brasilianische Industrie- und Handelskammer São Paulo

Rua Verbo Divino, 1488 - 3º andar
04719-904 São Paulo - SP - Brasilien
T (0055 11) 5187-5216
F (0055 11) 5181-7013
E juridico@ahkbrasil.com

www.ahkbrasil.com